

REISEN IN CORONAZEITEN Und warum nicht Südkorea?

von Benedikt Becker, Cordula Tutt, Rüdiger Kiani-Kreß und Max Haerder
21. Juni 2020



Für viele Deutsche der Höhepunkt des Jahres: spanischer Strand.

Mit der Aufhebung erster Reisewarnungen erhält die Tourismusbranche wieder die Chance auf gute Geschäfte. Die Reiselobby war erfolgreicher, als sie zugibt.

Überraschung und Sorge liegen in diesen Tagen nah beieinander, bei Daniela Köster zum Beispiel. Köster führt eine kleine Reisefirma, spezialisiert auf Afrika und den Indischen Ozean. Sie organisiert Safaris, vermittelt Hotels auf Mauritius und den Seychellen, fernab vom Massentourismus. Und anders als manch großer Player hatte Köster zuletzt mit einem doppelten Problem zu kämpfen: Sie hatte Dienstleistungen ihrer Partner vorab bezahlt – und erstattete ihren Kunden gleichzeitig Geld für ausgefallene Reisen.

Ihre Nöte als Mittelständler fand Köster in der öffentlichen Coronadebatte unterbelichtet, also schrieb sie über Facebook kurzerhand den Politiker an, der für sie in der Bundesregierung gleich doppelt zuständig ist: Thomas Bareiß, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für Mittelstand und Tourismus. Und siehe da: Bareiß antwortete nicht nur. Er lud sie auch gleich ein, zu einem Expertengespräch, im Namen der Bundesregierung. Über so viel Spontaneität, sagt Köster, „war ich bass erstaunt“.

Die weltweite Reisewarnung der Bundesregierung ab Mitte März brachte Kösters Geschäft quasi zum Erliegen. Und obwohl der Bund die ersten Warnungen wieder aufgehoben hat, muss sie sich weiter in Geduld üben. Mallorca, die Provence, eine Wanderwoche in den Alpen – das alles ist nun wieder möglich. Eine individuell gestaltete Tour durch Südafrika hingegen nicht. „Ich habe volles Verständnis dafür, wie die Bundesregierung gehandelt hat“, sagt die Unternehmerin. „Covid-19 und Reisen? Das wäre in den vergangenen Monaten nicht in Ordnung gewesen.“ Aber „jetzt wünsche ich mir, dass die

<https://www.wiwo.de/my/politik/ausland/reisen-in-coronazeiten-und-warum-nicht-suedkorea/25933330-all.html>

Reisebeschränkungen wieder differenziert gehandhabt werden“. Schließlich seien die Seychellen und Mauritius „praktisch coronafrei“.

Differenzierte Länderanalyse statt eines pauschalen Umgangs mit dem Pauschalurlaub? Klingt sinnvoll. Doch die Politik bewegt sich auf einem schmalen Grat. Sie weiß um die Nöte der Branche. Reisebüros protestieren. Der TUI-Konzern musste bereits 1,8 Milliarden Euro Kredit von der Staatsbank KfW in Anspruch nehmen. Viele Betriebe stehen auf der Kippe. Gleichzeitig wächst mit jeder Öffnung, mit jedem weiteren Ziel, das wieder touristisch angesteuert werden kann, das Risiko eines Infektionsimports. Und nichts kann die deutsche Wirtschaft weniger gebrauchen als eine zweite Coronawelle. „Jetzt darf nicht Ballermann sozusagen das nächste Ischgl werden“, warnt Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Schon klar. Aber warum hebt der Bund den Bann für 31 europäische Länder überhaupt auf? Hat sich die Reiselobby durchgesetzt?

Gesundheit vor Geschäft

Erst einmal freue er sich über ein „gewisses Maß an Normalität im Tourismus“, sagt Thomas Bareiß. Man müsse „sehr vorsichtig bleiben“, daher beschränke sich die Öffnung auch zunächst auf Europa: Die Lage vor Ort und die dort ergriffenen Maßnahmen müssten „nachprüfbar, nachvollziehbar und belastbar sein“, das sei „in den betreffenden Ländern der Fall“. Der Gesundheitsschutz genieße Priorität, versichert Bareiß. Nicht das Wirtschaftsinteresse.

Dennoch steht die Branche in Deutschland für knapp drei Millionen Beschäftigte, und die Deutschen zählen zu den Reiseweltmeistern. Entsprechend viel Zeit hat Bareiß in den vergangenen Wochen dem Tourismus gewidmet, widmen müssen. Seine Bilanz: „Trotz großer Betroffenheit ist das Verantwortungsbewusstsein der Branche immens.“ Neue, eingeschleppte Infektionen würden einen großen Imageschaden bedeuten: „Dessen ist man sich sehr bewusst.“

Auch deswegen vermeidet die deutsche Reisebranche derzeit wohl allzu stolze Erfolgsmeldungen. „Viele Unternehmen der Tourismusbranche haben nun wieder eine Perspektive“, freut sich in aller Zurückhaltung Michael Rabe, als Generalsekretär des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW), der erste Lobbyist in Berlin.

Tatsächlich war die Branche deutlich erfolgreicher beim Vertreten ihrer Interessen, als sie zugeben mag. „Wir haben mehr erreicht als erwartet“, sagt ein führender Vertreter. „Und es hätte noch besser laufen können, wenn wir uns in der Öffentlichkeit noch mehr gezeigt hätten“, ergänzt ein anderer Manager. Das weitgehende Ende der Reisewarnungen habe er „in der Form noch vor sechs Wochen kaum für möglich gehalten“, so einer der Lobbyisten.

Harte Haltung in der Politik

Die Widerstände gegen eine Öffnung waren immens. Sie spricht nicht nur aus Spahns Worten, sondern auch aus den mantraartig vorgetragenen Warnungen des Kanzleramtsministers Helge Braun (CDU). Und noch Anfang Mai riet Außenminister Heiko Maas (SPD) den Deutschen, ihre Pläne für einen Sommerurlaub mehr oder weniger abzuschreiben.

Dabei stand Maas in vertraulichen Gesprächen mit Branchenvertretern einer Öffnung positiver gegenüber, als das Gros seiner Kabinettskollegen, heißt es. Als Bremser tat sich vor allem Innenminister Horst Seehofer (CSU) hervor, der dem Vernehmen nach noch Ende Mai Touristen nach der Rückkehr aus dem Ausland in Quarantäne schicken wollte. „Dann wäre wohl keiner verreist“, so eine Branchenmanager.

Mit seiner harten Haltung wusste Seehofer vor allem die Ministerpräsidenten der deutschen Alpen- und Küstenländer auf seiner Seite. Sie spekulierten angesichts der drohenden Rezession auf einen

Heimurlaub der Deutschen – auf einen großen Teil der geschätzt 150 Milliarden Euro, die die Bürger sonst für Auslandsreisen ausgeben.

Für den Umschwung zugunsten einer Öffnung sorgte nicht zuletzt BTW-Präsident Michael Frenzel. Der ehemalige TUI-Chef ist seit vielen Jahren SPD-Mitglied, Gründungspräsident des Wirtschaftsforums seiner Partei – und gilt daher als gut verdrahtet. Frenzel habe „das Thema Lockerung auch in mehreren Kanzlerrunden gut vertreten, mit dem Hinweis, dass eine spätere Öffnung sowohl viele Bürger als auch die Zielländer verärgern könnte“, sagt ein Kenner der Lobbylandschaft. Ins gleiche Horn stießen auch die Vertreter der Reisekonzerne wie der in Berlin gut vernetzte TUI-Vorstand Thomas Ellerbeck, dessen Unternehmen vor allem mit Hotels, Kreuzfahrten und Erlebnispaketen im Ausland Geld verdient.

Dass am Ende nach Spanien und Italien auch populäre Zielländer wie die Türkei oder Thailand verschlossen blieben, nahm die Branche hin: „Wir stehen ja erst am Anfang“, beruhigt ein Manager.

Ein Anfang, so sieht das auch Ralph Beisel. Es ist eine etwas schiefe Metapher, die sein Flughafenverband ADV für seinen ersten kleinen Erfolg bemüht: „Der Luftverkehr atmet wieder“, teilte der Verband diese Woche mit, rund 215 Zielorte seien von Deutschland aus wieder erreichbar. „Nach und nach“, so ADV-Hauptgeschäftsführer Beisel, „kehrt das Leben wieder an die Flughäfen zurück.“

Beisel will jedoch nicht hinnehmen, dass das Auswärtige Amt (AA) die internationale Reisewarnung pauschal verlängert hat, das nur vor Flügen zu Zielen innerhalb der EU und Großbritannien nicht mehr gewarnt wird, wohl aber noch vor dem Thailandurlaub. Eine differenziertere Betrachtung und länderspezifische Reisehinweise seien sinnvoller. Da klingt Verbandsmann Beisel ganz wie die Unternehmerin Köster: Die Langstrecke ist das nächste Ziel.

Die Lobbyisten haben dabei stets drei Faktoren im Blick, die das Reisegeschehen in der Coronakrise maßgeblich beeinflussen: Einreisebestimmungen, Quarantänevorschriften – und Reisewarnungen, die allein schon durch die Berichterstattung darüber „einen großen Effekt“ hätten, so Beisel.

Verbraucherschützer erkennen bei der Reisebranche vor allem das Drängen, beliebte Reiseländer schnell wieder zugänglich zu machen. „Da kann man schon den Eindruck haben, dass die Gesundheit bei manchen hinten runterfällt“, kritisiert der Jurist und Reiserechtsexperte Felix Methmann vom Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV). Die Verbraucherschützer würden die Reisewarnungen für Ziele außerhalb der EU gern noch länger aufrechterhalten, wünschen sich sogar eine gruppenspezifische Warnung für Ältere und Risikogruppen.

Aussagen von Regierungsmitgliedern zur Gefährdung in einzelnen Ländern seien „bares Geld wert“ für Verbraucher, erläutert Methmann. Um ohne Kosten eine Reise stornieren zu können, müssten Verbraucher sich entweder auf eine Reisewarnung beziehen oder nachweisen, „dass zu 25 Prozent wahrscheinlich ist, dass die Reise erheblich beeinträchtigt ist“. Das gelte auch für alle Aussagen auf der Netzseite des AA.

Aber auch Methmann fragt sich manchmal, warum nicht allein das Infektionsgeschehen in Zielländern zähle: „Ich verstehe nicht, warum man nun wieder nach Gran Canaria darf“, sagt er, „aber nicht etwa nach Südkorea.“